

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, zweimal, am Montage nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Gerbergasse 2) und auswärts bei allen Königl. Postanstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Neumeier, in Leipzig: Jagen & Fort, S. Engler, in Hamburg: Haasenstein & Vogler, in Frankfurt a. M.: Jäger'sche, in Elbing: Neumann Hartmanns Buchhlg.

# Danziger



# Zeitung.

Mit dem 1. October beginnt ein neues Quartal; wir ersuchen unsere Leser, namentlich die auswärtigen, ihre Bestellungen rechtzeitig bei den Königl. Postanstalten zu machen, damit keine Unterbrechung in der Zusendung der Zeitung eintrete. Die gerade diesmal hochwichtigen Verhandlungen der in den nächsten Monaten zusammentretenden Kammern werden wir ausführlich, das Wichtigste an demselben Tage per Telegraph bringen. Die Freunde unserer Zeitung bitten wir, sich der Verbreitung derselben nach Kräften anzunehmen.

Nach Berichten aus Veracruz vom 5. treffen die Franzosen Vorbereitungen zu einem anderen Feldzuge. Aus Jamaica ist die Nachricht eingelaufen, daß die Spanier Port au Platte bombardirt haben; die ganze Stadt sei zerstört und viele Einwohner getödtet.

### Politische Uebersicht.

Nach der „Kreuztg.“ soll dem nächsten Landtage der Entwurf einer neuen Hypotheken-Ordnung vorgelegt werden. Nach demselben Blatte ist es nicht richtig, daß die Regierung bei der Ober-Rechnungskammer in Bezug auf die Prüfung der Ausgaben für 1862 Schwierigkeiten finde. Die Ober-Rechnungskammer vollzieht bis zum Erlaß des durch die Verfassungs-Urkunde in Aussicht genommenen Gesetzes ihre Operationen nach wie vor lediglich auf Grund Allerhöchster Ordres.

Wie aus den conservativen Organen hervorgeht, wird die Partei derselben diesmal vor Allem den Herrn von Blankenburg und den Justizrath Wagener für das Abgeordnetenhaus aufstellen. „Sie werden genügen, die conservative Minorität so zu vertreten, daß es sich schon verlohnt, zur Minorität activ zu gehören.“

Die „Nordb. Allg. Z.“ fährt fort, gegen die Feidlersche Correspondenz zu polemisieren, sie sagt in einem ihrer letzten Artikel: „Wenn die Feidlersche Correspondenz sagt, daß eine Kammerwirtschaft wie die jetzige nicht fortgehen, daß nicht alle Semester eine Auflösung und eine Neuwahl geschehen kann, so sind wir hiermit vollständig einverstanden. Aber andererseits wird uns das polemisirende Blatt zugestehen, daß ein Verfassungsleben, in welchem alle zehn Jahre eine Verfassungs-Suspension eintritt, ebenfalls nicht fortdauern kann. Es hat für die conservative Partei in Preußen seit dem Beginn dieses Jahrhunderts mannigfache und sehr günstige Gelegenheiten gegeben, conservative Grundlagen für den Staat zu schaffen. Wir aber haben den neuen Flicken auf das alte Kleid gesetzt. Wir haben es für conservativ gehalten, wenn man so zu sagen wie möglich an dem Bestehenden festhält, und während wir dabei doch nicht hindern konnten, daß die Principien von 1789 langsam zerlegend und auflösend in unser Staatsleben eindringen, verwünschte und beseidete man diese Principien, anstatt sich ihrer zu bemächtigen und ihnen eine conservative Gestalt zu geben. So sind wir allgemach in das sonderbare Monstrum eines Staates hineingerathen, in welchem Regierung, Bureaucratie und Volksvertretung, in jedem Augenblick an einander anrennen. Einen großen Theil der Schuld an dieser Verwirrung trägt die conservative Partei, und wenn ein Theil dieser Partei heut von einer Verfassungs-Suspension spricht, also die Verfassung, wie sie im gegenwärtigen Augenblick besteht, als unvereinbar mit dem gesunden Staatsleben ansieht, so haben wir an ihn die Frage zu richten, warum man dies nicht z. B. im Jahre 1855 begriffen hat, wo man in der Lage war, die nothwendigen Verbesserungen auf demjenigen Wege herbeizuführen, der jedenfalls wünschenswerther gewesen wäre, als der einer Verfassungs-Suspension.“

Damit man überzeugt werde, welches die eigentlichen Pläne Oesterreichs bei Veranstaltung des Frankfurter Fürstentages waren, erklärt jetzt der „Wiener Botschafter“, daß die Fürsten, welche die österreichische Reformacte angenommen hatten, damit zugleich indirect erklärt haben, in sofortige Berathung der österreichischen Bollsorschläge eintreten zu wollen, und daß damit der preussisch-französische Handelsvertrag besiegelt sei. Obgleich die behauptete Thatsache unrichtig ist, so zeigt doch ihre Veröffentlichung, daß man glaubt, diesen Erfolg wenigstens theilweise erreicht zu haben.

Die großdeutsche Partei wird in nächster Zeit eine weitere Organisation ihrer Mitglieder veranlassen und die Agitation in größerem Umfange in die Hand nehmen. Am 28. October findet in Frankfurt a. M. eine General-Versammlung sämmtlicher Großdeutschen Vereine statt. Unter den deutschen Mitgliedern des österreichischen Abgeordnetenhauses finden Beratungen über ihr Verhalten zum Abgeordnetenstage und namentlich zu dem Programme der süddeutschen Abgeordneten statt.

Aus Wien kommen bereits Nachrichten über die Aufnahme der preussischen Antwort in der Bundesreformfrage. Nach denselben ist keine Aussicht auf Verständigung vorhanden. Man sagt dort in maßgebenden Kreisen, daß die Bundesreformacte die Gleichstellung Preußens und Oesterreichs mit Ausnahme des Präsidialrechts verbürge. Das Präsidialrecht habe aber Oesterreich jetzt factisch, man könne ihn nicht zumüthen, daß es dasselbe aufgeben solle. Gegen die directen Wahlen zum Parlamente würde Oesterreich am wenigsten einzuwenden haben.

Die Wiener „Presse“ bezweifelt die Richtigkeit der Mittheilung der „B. u. P. Z.“, daß Oesterreich beschloffen habe, in der polnischen Frage nichts weiter zu thun. Sie bemerkt bei dieser Gelegenheit allerdings, daß man in Paris sein Verfehlen darüber zu erkennen gegeben habe, daß der österreichische Botschafter in Paris, Fürst Metternich, jetzt auf seinen Gütern weile und Oesterreich in Paris unvertreten sei.

Im Uebrigen schreibt man über den Stand der polnischen Frage der „Schl. Z.“ aus Wien: „Es ist unrichtig, daß die Westmächte in Wien den Vorschlag gemacht haben, ein Ultimatum nach St. Petersburg zu schicken und für den Fall, daß dasselbe unberücksichtigt bliebe, die drei Gesandten abzurufen. Ein gemeinschaftliches Ultimatum wird schwerlich zu Stande kommen, da hier in Wien nicht die mindeste Neigung vorhanden ist, einem solchen Schritte sich anzuschließen. Auch zwischen Oesterreich und England herrschen in Bezug

auf die weiteren in der polnischen Frage zu unternehmenden Schritte sehr bedeutende Meinungsdivergenzen, und man fürchtet hier sehr, daß England weiter vorwärts gehen werde, als den diesseitigen Interessen entspricht.“

In Paris herrschte an der Börse wieder einmal große Aufregung wegen der polnischen Frage. Es hieß ganz bestimmt Graf Walewski werde auswärtiger Minister, andere wollten wissen, der Graf werde Botschafter in London. Außerdem sagte man, in London sei man entschlossen, die Gortschakoff'sche Abfertigung nicht stillschweigend hinzunehmen und man stimme darin mit Frankreich überein.

Die Nachricht der „Köln. Bzg.“, daß Fürst Gortchakoff sein Amt als diplomatischer Agent der Nationalregierung in Paris niedergelegt habe, wird jetzt für unrichtig erklärt.

### Deutschland.

Berlin, 27. September. Aus Kassel wird dem „Fr. Z.“ der Wortlaut der Antwort des Königs von Preußen bezüglich der Reformprojecte an die deutschen Fürsten mitgetheilt. Derselbe lautet:

„Durch das Schreiben, welches Eure ic. in Gemeinschaft mit anderen deutschen Fürsten und Vertretern der freien Städte am 1. d. M. an Mich gerichtet haben, sind die in Frankfurt a. M. ersonnenen Bundesreform-Vorschläge zu meiner Kenntniß gelangt. Ich habe dieselben der sorgfältigen Erwägung unterzogen, welche Ich in Meinem am 20. v. M. an Sr. Majestät den Kaiser von Oesterreich nach Frankfurt a. M. gerichteten Schreiben zugesagt hatte. Diese Prüfung hat Mir nicht die Ueberzeugung gewährt können, daß die vorgeschlagene Reformacte in ihrer gegenwärtigen Gestalt geeignet sei, einen Abschluß unserer vielfährigen Bemühungen um die Verbesserung der Bundesverfassung zu bilden. In dem Entwurfe habe Ich nicht den Ausdruck der wirthlichen Verhältnisse und Bedürfnisse, deren Berücksichtigung allein einem solchen Werke Leben und Dauer verleihen kann, zu erkennen vermocht.“

„Ich darf daher nicht zögern, Eure ic. wenn auch mit Bedauern auszusprechen, daß Meine Pflicht als König von Preußen und als deutscher Fürst es Mir nicht gestattet, den Mir mitgetheilten Entwurf als die Grundlage einer neuen Bundesverfassung anzunehmen.“

„Ich vermag in eine Erweiterung des bisherigen vertragsmäßigen Bundeswesens und der Competenz der Bundes-Centralbehörde nur dann zu willigen, wenn dieselbe mit voller und gerechter Rücksichtnahme auf das Gewicht Preußens im Bunde und auf die Gesamtinteressen der deutschen Nation erfolgt. In diesem Sinne betrachte ich als Vorbedingungen meiner Zustimmung zu einer durchgreifenden Reform der bestehenden Bundesverträge die Verständigung über drei Punkte, mit deren näherer Darlegung bei Eure ic. Regierung Ich Meinen Minister der auswärtigen Angelegenheiten beauftragt habe. Diefelben betreffen:

- 1) Das Veto Preußens und Oesterreichs mindestens gegen jeden Bundeskrieg, welcher nicht zur Abwehr eines Angriffes auf das Bundesgebiet unternommen wird.
- 2) Die volle Gleichberechtigung Preußens mit Oesterreich zum Vorsitz und zur Leitung der Bundesangelegenheiten.
- 3) Eine Volksvertretung, welche nicht aus Delegation, sondern aus directen Wahlen nach Maßgabe der Bevölkerung der einzelnen Staaten hervorgeht, und deren Befugnisse zu beschließender Mitwirkung in Bundesangelegenheiten Gegenstand der Verhandlung, aber jedenfalls ausgedehnter zu bemessen sein würden, als in dem vorliegenden Entwurfe einer Reformacte der Fall ist.

Vor einer Verständigung über diese Grundlage kann Ich ein geistliches Ergebnis der Erörterung der sonstigen Einzelheiten des Mir mitgetheilten Entwurfes nicht in Aussicht nehmen. Ich habe daher Meinen Minister der auswärtigen Angelegenheiten den Auftrag erteilt, über die erstere zunächst mit der kais. österreichischen Regierung in Unterhandlung zu treten, in der Hoffnung, daß es Eure ic. gefallen werde, sobald das erforderliche Einverständnis angebahnt sein wird, in Gemeinschaft mit Mir die Berufung von Ministerialconferenzen zu veranlassen, welche die definitive Beschlußnahme der deutschen Souveräne vorzubereiten haben würden. Empfangen etc. (gez.) Wilhelm. (gezegen) v. Bismarck.

— Morgen Abend reist Sr. M. der König über Frankfurt a. M. direct nach Baden-Baden. Die Chefs des Civil- und Militär-Cabinetts werden Sr. Maj. erst in einigen Tagen folgen.

— Ihre Königl. Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin werden mit Höchstihren Kindern auf längere Zeit nach England und Schottland reisen. Die Abreise ist auf morgen Abend festgesetzt. Vormittags wird Sr. K. H. der Kronprinz noch der feierlichen Eröffnung des neuen Börsengebäudes beiwohnen.

— Der Ministerpräsident v. Bismarck und der Minister des Innern Graf zu Eulenburg werden im Laufe der nächsten Woche, wo sich Sr. Maj. der König nach Baden-Baden begiebt, Urlaubstreifen antreten. Der Minister Graf zu Eulenburg geht zunächst nach der Provinz Schlesien, der Ministerpräsident nach Pommern.

\* Aus Berlin wird den „Neuesten Nachr.“ telegraphirt: Kaiser Napoleon habe auf die Kunde des Verschwindens nach dem Attentat auf Berg in Petersburg telegraphisch Protest gegen das Auftreten der Russen eingelegt (?)

— Die „Kreuztg.“ erklärt die Denkschrift des Staats-Ministeriums über die österreichische Reform-Acte als das eigene Werk des Herrn v. Bismarck.

— [Stadtverordneten-Versammlung.] In der Sitzung vom 25. September war von den Stadtverordneten Gneist, Ester, Reimer, Meier, Schilde, Borchardt und Halseke folgender dringende Antrag gestellt: „Während das System polizeilicher Verbote gegen Deputationen und Adressen der Stadtverordneten an Sr. Majestät den König fortbauert, tritt am 30. September d. J. der Gebursttag Ihrer Majestät der Königin ein, und noch ist keine Aussicht vorhanden, unsere, durch Beschluß vom 18. Juni d. J. gegen jenes Verbot erhobene Beschwerde gehoben zu sehen. Um demnach der ehrenden Besinnung der Bürgerschaft gegen die allerhöchste

### Amtliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allerhöchstdiät geruht: Den Gerichtsassessor a. D., Lieutenant im 5. schweren Landwehr-Regiment, Kreis-Deputirten Conrad Loesch auf Ober-Stephansdorf, Kreis Neumarkt, in den Adelsstand zu erheben; ferner den seitherigen Geheimen und Ober-Regierungsrath E. Wanger bei seinem Rücktritte aus dem Amte als Ober-Bürgermeister der Stadt Breslau den Charakter als Geheimen Ober-Regierungsrath zu verleihen; so wie die Wahl des Proectors am Altstädtischen Gymnasium zu Königsberg i. Pr., Professors Dr. Möller, zum Director derselben Anstalt, und die Wahl des Oberlehrers am Gymnasium in Wittenberg, Dr. Wentrup, zum Director des Gymnasiums in Salzwedel zu bestätigen.

### Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angelommen 12 Uhr Mittags.

Wien, 28. Septbr. Der heutige „Botschafter“ meldet, daß ein englischer Courier mit einer Note des britischen Cabinets bezüglich des weiteren Vorgehens der Westmächte in der polnischen Frage gestern hier eingetroffen sei. Dem Bernehmen nach ventilire England die Idee, den Besitzitel Rußlands auf Polen nicht weiter anzuerkennen, nachdem Rußland selbst die Verträge von 1815 durch Zurückweisung der Berechtigung der contrahirenden Mächte, über deren Ausführung zu wachen, in Frage gestellt habe.

### (W. C. B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Frankfurt a. M., 26. Sept. Der hier versammelte Handwerkerstag beriebt heute über die Grundzüge einer allgemeinen deutschen Gewerbeordnung, und adoptirte nach stürmischer Debatte, unter Ablehnung des Prinzips der freien Genossenschaften, das Prinzip der Zwangsvereine.

Paris, 27. Sept. Während die „Presse“ den Minister Drouyn de Lhuys für die auswärtige Politik verantwortlich machen will, erinnert der „Moniteur“ daran, daß der Kaiser allein verantwortlich sei, während der Minister sich nur auf die Ausführung beschränkt.

Kopenhagen, 26. Septbr. „Berlingske Tidende“ veröffentlicht ein Telegramm des vormaligen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten und Ministers für Schleswig, Baron Ullrich-Sincke, an seine Wähler, in welchem derselbe erklärt, daß eine ehrenvolle und billige Ausgleichung mit Deutschland möglich sei. Die Verordnung vom 30. März sei zurückzunehmen und den Schleswigern, deutsch wie dänisch Redenden, Freiheit und Gleichheit zu gewähren.

Kopenhagen, 27. Sept. Sicherem Bernehmen nach wird dem Reichsrath in einer der ersten Sitzungen der Vorschlag eines Grundgesetzes für Dänemark und die schleswigsche Angelegenheit vorgelegt werden.

London, 26. September. Der Dampfer „Africa“ mit 150,000 Dollars an Contanten hat Newyorker Nachrichten vom 17. d. in Cork abgegeben. Nach denselben ist dem General Gilmore die Instruction erteilt worden, Charleston bis zur Uebergabe zu bombardiren. Der Präsident Lincoln hat in allen Vereinigten Staaten die Habeas-Corpus-Acte suspendirt. Lee's Streitmacht vertheidigt noch immer die Linie des Rapidan; die Unionisten machten am 16. den Versuch, den Fluß an drei Orten zu überschreiten, wurden aber zurückgeworfen. Die Gemeindebehörden von Newyork haben den Offizieren einer russischen Fregatte, die im Hafen liegt, eine Gesellschaft gegeben. Die Nachrichten aus Charleston gehen bis zum 15. d.; die Belagerer haben auf der Morrisinsel Batterien errichtet.

Goldagio 32 1/2, Wechselcours auf London 145, Baumwolle steigend, 70.





